

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 6. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 16. Dezember 2004

Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil

Sitzungsdauer: 18.00 - 21.30 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Dr. Ivo Corvini, Präsident Einwohnerrat

Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident

Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin

Roman Meury Bea Fuchs Paul Schüpbach Arnold Julier Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter

Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Kurt Hürzeler. HAL Finanzen

Gäste:

Entschuldigt: Hanspeter Frey

Beat Meyer Sarah Lorenz Kurt Kneier

Bereinigte Traktandenliste

 Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend Nachrücken von Giulio Vögelin, SP/EVP-Fraktion, anstelle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)

Geschäft 3560

 Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend Wahl eines Ersatzmitglieds der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente anstelle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)

3.	Wahl anste	ht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend eines Mitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission elle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion en Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)	Geschäft 3562
4.	Wahl anste	ht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend eines Mitglieds der Umweltkommission elle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion en Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)	Geschäft 3563
5.	Wahl anste	ht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend eines Mitglieds der Wirkungsprüfungskommission elle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion en Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)	Geschäft 3564
6.	und der V Geme	hte des Gemeinderates vom 13. Oktober 2004/03.11.2004 (Nacht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend oranschläge der Einwohnerkasse sowie Festsetzung der eindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises as Jahr 2005/	rag) Geschäft 3531 B/C
6.	1	Eintretensdebatte	
6.	1.1.	Stellungnahmen des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu den Budgetpostulaten	Geschäft 3531 A/D
6.	1.2.	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 200-302.00 Löhne Lehrkräfte Kindergarten: Kürzung um CHF 200'000	Geschäft 3565
6.	1.3	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 212-302.00 Löhne Lehrkräfte, Kleinklassen Primar: Kürzung um CHF 75'900	Geschäft 3566
6.	1.4	Budget-Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffer Pos. 230-451.00 Rückerstattung Kantone Erhöhung um CHF 53'500	nd Geschäft 3567
6.	1.5	Budget-Postulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 240-361 Eigene Beiträge Kantone Schulliegenschaften Bildung einer Rückstellung von CHF 800'000	Geschäft 3568
6.	1.6	Budget-Postulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 250-364.00 Gemischtwirtschaftliche Unternehmen Erhöhung des eingesetzten Betrages um CHF 3'000 auf 6'000.	Geschäft 3569
6.	1.7	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 292-302.00 Löhne Lehrkräfte Erwachsenenbildung Kürzung um CHF 36'500	Geschäft 3570
6.	1.8	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-311.00 Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge (Kunstgegenstände) Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 5'000	Geschäft 3571
6.	1.9	Budget-Postulat von Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, betreffend	

	Fahrzeuge (Kunstgegenstände) Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 5'000	Geschäft 3572
6.1.10	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-319.00 Übriger Sachaufwand, Partnerschaften Pfullendorf und Blaj Kürzung um CHF 10'000,	
	Zuwendungen an Blaj ersatzlos streichen	Geschäft 3573
6.1.11	Budget-Postulat von Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 300-319.00, Übriger Sachaufwand, Partnerschaften Pfullendorf und Blaj	
	Ersatzlose Streichung, CHF 20'000	Geschäft 3574
6.1.12	Budget-Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffer Pos. 300.363.00, Eigene Beträge, Zweckverbände Erhöhung um CHF 8'000	nd Geschäft 3575
6.1.13	Budget-Postulat von Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 300.364.00 Gemischtwirt. Unternehmen, Beiträge an kulture Institutionen Basel-Stadt	elle
	Streichung des Beitrags von CHF 38'000	Geschäft 3576
6.1.14	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-364.00a Gemischtwirt. Unternehmen, Beiträge an kultu Institutionen Basel-Stadt (Stadttheater) Kürzung um CHF 20'000	relle Geschäft 3577
	•	Oeschait 5577
6.1.15	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-364.00b Gemischtwirt. Unternehmen, Beitrag an GGG, Bibliothekenbenutzung Ersatzlose Streichung um CHF 35'000	Geschäft 3578
6.1.16	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend	
	Pos. 342-434.00, Entgelte Hallenbad Erhöhung um CHF 15'000	Geschäft 3579
6.1.17	Budget-Postulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 780-315.00, Übriger Unterhalt durch Dritte, WC-Anlage "Spitzwald", Kürzung um CHF 28'000	Geschäft 3580
6.1.18	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 359-503.02 Investition Begegnungszentrum Streichung ganzer Betrag von CHF 300'000	Geschäft 3581
6.1.19	Budget-Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffer	nd
	Pos. 620-501.14 Investition Öffentliche Beleuchtung Erhöhung der Investition um CHF 350'000	Geschäft 3582
6.1.20	Budget-Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffer Pos. 620-501.36 Investition Projekt Lindenplatz Einstellung von CHF 50'000	nd Geschäft 3583
6.2	DETAILBERATUNG	
621	Voranschlag der Einwohnerkasse	

- 6.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2005
- 6.2.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2005
- 6.2.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2005
- 7. Berichte des Gemeinderates vom 20.10.2004 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Kenntnisnahme von der Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2006 2010

Geschäft 3532/A

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 06 vom 16.12.2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Dr. Ivo Corvini

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Dr. Ivo Corvini begrüsst alle Anwesenden und bedankt sich bei Herrn und Frau Gloor für die stimmungsvolle Dekoration aus Anlass der vorweihnachtlichen Sitzung.

Bereinigung der Traktandenliste

Dr. Ivo Corvini, Präsident, verweist auf die redaktionelle Änderung des Traktandums 4: es gehe hier um die Wahl eines Mitgliedes der Umweltkommission und nicht um die Wahl eines Ersatzmitgliedes, es handele sich um einen Druckfehler. Diese Änderung wurde allen Mitgliedern vorzeitig schriftlich bekannt gegeben.

Keine Änderungsanträge

://: Die Traktandenliste wird unverändert gutgeheissen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Dr. Ivo Corvini gibt bekannt, dass eine Motion von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend International School in Allschwil eingereicht wurde.

30 01.020 Abstimmungen, Wahlen

1. Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend Nachrücken von Giulio Vögelin, SP/EVP-Fraktion, anstelle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3560

Keine Wortmeldungen.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, begrüsst den nachrückenden Giulio Vögelin und wünscht ihm für die parlamentarische Arbeit viel Erfolg.

31 01.020 Abstimmungen, Wahlen
01.032 Kommissionen des Einwohnerrates
01.032.004 Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente

2. Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend Wahl eines Ersatzmitglieds der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente anstelle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3561

Die SP/EVP-Fraktion nominiert **Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, für die Wahl des Ersatzmitglieds der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente.

Stille Wahl wird nicht bestritten.

Gewählt ist: Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion.

Geht als Wahlanzeige an:

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion Jean-Jacques Winter, Claude Rothen, SP/EVP-Co-Fraktionspräsidenten Peter Greiner, SP-Präsidium

32 01.020 Abstimmungen, Wahlen
01.032 Kommissionen des Einwohnerrates
01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

3. Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend Wahl eines Mitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)

Geschäft 3562

Die SP/EVP-Fraktion nominiert **Juliana Weber**, SP/EVP-Fraktion für die Wahl zum Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission.

Stille Wahl wird nicht bestritten.

Gewählt ist: Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion.

Geht als Wahlanzeige an:

Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion Jean-Jacques Winter, Claude Rothen, SP/EVP-Fraktionspräsidien Peter Greiner, SP-Präsidium

33 01.020 Abstimmungen, Wahlen 01.032

Kommissionen des Einwohnerrates

01.032.005 Umweltkommission

> 4. Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend Wahl eines Mitglieds der Umweltkommission anstelle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3563

Die SP/EVP-Fraktion nominiert Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, für die Wahl zum Mitglied der Umweltkommission.

Stille Wahl wird nicht bestritten.

Gewählt ist Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion.

Geht als Wahlanzeige an:

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion Jean-Jacques Winter, Claude Rothen, SP/EVP-Fraktionspräsidien Peter Greiner, SP-Präsidium

34 01.020 Abstimmungen, Wahlen 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates 01.032.006 WIKO (Wirkungsprüfungskommission)

> 5. Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 betreffend Wahl eines Mitglieds der Wirkungsprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Martin Grieder, SP/EVP-Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3564

Die SP/EVP-Fraktion nominiert Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion, für die Wahl zum Mitglied der Wirkungsprüfungskommission.

Stille Wahl wird nicht bestritten.

Gewählt ist Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion.

Geht als Wahlanzeige an:

Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion Jean-Jacques Winter, Claude Rothen, SP/EVP-Fraktionspräsidien Peter Greiner, SP-Präsidium

35 07.010 01.032.002 01.040 Budget
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

6. Berichte des Gemeinderates vom 13. Oktober 2004/03.11.2004 (Nachtrag) und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend der Voranschläge der Einwohnerkasse sowie Festsetzung der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises für das Jahr 2005 Geschäft 3531 B/

Verena Meschberger, Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FiReKo), nimmt zum Voranschlag 2005 Stellung. Sie gibt zunächst bekannt, dass der Gemeinderat mit ihr übereingekommen sei, dieses Jahr zunächst die Departementschefin Finanzen, Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser, zum Voranschlag 2005 Stellung nehmen zu lassen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementschefin Finanzen, führt aus: Die Ausgangslage zur Budgetierung des Jahres 2005 sei unter anderem die Rechnung 2003 gewesen. Diese Rechnung habe mit einem Ertragsüberschuss von CHF 55'000.-- abgeschlossen, dies obwohl ein Defizit von CHF 900'000.-- budgetiert worden sei. Möglich sei dies nur geworden, da die eingeleiteten Sparmassnahmen angefangen hätten zu greifen. Damals habe es geheissen, der "Turn-around" sei geschafft, die Talsohle also erreicht. Der Gemeinderat sei gewillt, die eingeleiteten Sparmassnahmen weiterzuführen und eine solide Finanzgrundlage für die Gemeinde zu schaffen. Der Gemeinderat habe zu diesem Zweck bestimmte Budgetziele definiert (Folie): Beibehaltung der Sparmassnahmen im Personalbereich und bei den beeinflussbaren Beitragskonti, Plafonierung des Sachaufwandes auf CHF 8'300'000.-- (netto), maximale Investitionssumme im Jahr 2005 von CHF 5'000'000.--, Abbau der Verschuldung von CHF 5'000'000 bis ins Jahr 2010 und Beibehaltung des jetzigen Steuerfusses bis 2009. Der Gemeinderat habe jede einzelne Budgetposition nochmals geprüft und hinterfragt. Weiter habe der Gemeinderat Anpassungen bei der Budgetierung an die kantonalen Vorgaben gemacht, dies insbesondere im Zusammenhang mit dem Bruttoverbuchungsprinzip und den Vorausabschreibungen, welche nicht mehr zulässig seien. Die Finanzchefin bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den Mitgliedern der FiReKo für die gute Zusammenarbeit. Das Ergebnis der Budgetrunde könne sich sehen lassen. Man budgetiere einen Aufwandüberschuss von CHF 87'000.-- bei einem Aufwand von CHF 66'933'570 gegenüber einem Ertrag von CHF 66'846'470.-- . Die Zunahme der Nettoinvestitionen betrage CHF 4'295'000.-- bei einem Investitionsaufwand von CHF 7'592'000.-- gegenüber einem Ertrag von CHF 3'297'000.-- . Der Gemeinderat beantrage darüberhinaus einen Nachtrag zum Budget gemäss Geschäft 3531B. Dieser Nachtrag sei aber kostenneutral ausgefallen. Sie präsentiert die Veränderung gegenüber dem Budget 2004 (Folie, vgl. auch Voranschlag 2005, Geschäft 3531, Druckversion). Auf der Investitionsseite plane der Gemeinderat schwergewichtig Planungsaufwendungen für ein neues Feuerwehrmagazin, Restzahlungen für das neue Feuerwehrauto, Planungsaufwendungen für die Sanierungsarbeiten eines Kindergartens und des Schulhauses Bettenacker, Sanierung der Lüftungsanlagen im Schulzentrum Neuallschwil sowie der Erstellung der Sportanlage im Brüel und des Begegnungszentrums. Zur Thematik in Sachen Tiefbau habe der Gemeinderat keinen Aufwand gescheut, offen und transparent zu informieren. Der Gemeinderat habe das Budget 2005 besonders im Bereich Tiefbau nochmals überarbeitet und geprüft, ob das Budget diesbezüglich korrekt sei. Im Grundsatz würden die budgetierten Zahlen stimmen. Es gebe vier Positionen, bei denen sich Abweichungen fänden. Es handle sich um folgende Positionen: Korrektion Herrenweg (Konto 620-501.29), Kreisel Binningerstrasse/Fabrikstrasse (Konto 620-501.34), Ziegeleiareal Ost, 1. Bauinsel (Konto 710-501.06) sowie Dienstleistungen und Honorare (Kreisel Baslerstrasse/Grabenring, Konto 620-318.00). Insgesamt handle es sich um voraussichtliche zusätzliche Aufwendungen von ca. CHF 620'000.-- . Der Gemeinderat beabsichtige aber, sobald sich diese Zahlen konkretisieren würden, jeweils mit Nachtragskrediten an den Einwohnerrat zu gelangen, so dass man über die einzelnen Beträge beschliessen könne. Alles in allem könne man aber davon ausgehen, dass

das Budget korrekt sei und in diesem Rahmen gewirtschaftet werden könne. Sie beantragt dem Einwohnerrat, in diesem Sinne das Budget und alle Anträge des Gemeinderates gutzuheissen.

Dr. Ivo Corvini weist nochmals daraufhin, dass die Seiten 15 und 16 des gemeinderätlichen Berichts an den Einwohnerrat gemäss Schreiben vom 22. November 2004 mit den korrigierten Versionen ersetzt werden müssen.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, dankt Nicole Nüssli für die Ausführungen. Auch die FiReKo habe die Situation im Tiefbau ebenfalls sehr interessiert. Die Zurückweisung des Budgets sei keine Lösung und mittlerweile, nach den Ausführungen der Departementsvorsteherin, wohl auch kein Thema mehr. Für die Aufarbeitung der zurückliegenden Vorkommnisse sei die GPK zuständig und hätten im Übrigen auch keine Auswirkungen auf das Budget 2005. Die FiReKo werde natürlich anlässlich der Rechnung 2004 das Departement Tiefbau genauer prüfen müssen. Wichtig sei in jedem Fall eine sachliche Aufarbeitung.

Die FiReKo begrüsse die aufwendige Arbeit des Gemeinderates, jede Budgetposition zur Diskussion zu stellen. So könne auf die einzelnen Veränderungen auch angemessen reagiert werden. Bisher sei zwar ebenfalls sehr gute Arbeit in diesem Bereich geleistet worden, es sei nun aber gelungen, die Qualität der Budgetierung nochmals zu verbessern. Die Arbeit der FiReKo sei dadurch erschwert worden, dass man nun das Bruttoprinzip anwende. Dies bedeute eine Umstellung und einen Arbeitsmehraufwand, da dies die Anzahl der Budgetpositionen vergrössert habe. Man müsse nun genau den Aufwand und den Ertrag einer jeden Budgetposition ausweisen. Dieses Vorgehen habe der Kanton vorgeschlagen. Die FiReKo begrüsse, dass der Gemeinderat vorsehe, trotz künftiger und langfristiger Sparbemühungen den Steuerfuss auf dem bisherigen Stand zu belassen. Die Verwirklichung dieser Ziele müsse man anlässlich der strategischen Massnahmenplanung diskutieren. Dass der Gemeinderat gute Arbeit geleistet habe, zeige sich bereits darin, dass kein Budgetpostulat zum Steuerfuss eingereicht worden sei. Des weiteren verzichtet Verena Meschberger darauf, nochmals den Inhalt des Berichtes der FiReKo wiederzugeben. Sie empfiehlt auf das Budget einzutreten und die Anträge wie gestellt zu genehmigen.

EINTRETENSDISKUSSION

Bruno Steiger, SD-Fraktion, nimmt zunächst Bezug auf das Defizit von CHF 87'000.-- . Dies bedeute eine kleine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Trotz des Sparkurses weise das Budget einen Mehraufwand von CHF 4'238'000.-- gegenüber dem letzten Jahr auf. Ein konsequenter Sparkurs verbiete aber einen mit Mehrkosten verbundenen Budgetertrag. Dies könne nicht gutgeheissen werden. Eine Nichtrealisierung von nicht notwendigen Investitionen könnte eine Steuersenkung vor dem Jahr 2009 ermöglichen. In diesem Sinne sei die SD-Fraktion für Eintreten.

Robert Richner, FDP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion Eintreten. Seine Fraktion sei ebenfalls für die Fortführung der Sparbemühungen. Es sei mit einer weiteren Entlastung des Budgets zu rechnen, da der Kanton einen Teuerungsausgleich von 0,8% bewilligt, die Gemeinde aber 1% budgetiert habe. Dies sei eine Entlastung von ca. CHF 50'000.-- .

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion Eintreten.

Steve Brügger, CVP-Fraktion, erklärt ebenfalls Eintreten seiner Fraktion auf die Vorlage. Man habe begrüsst, dass alle Konten von Grund auf durchgeforstet worden seien. Auch die Sparmassnahmen des Gemeinderates und die Anwendung des Bruttoprinzips seien begrüssenswert. Der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde sei diskutabel. Man müsse künftig wirklich genau überlegen, in welche Projekte investiert werden solle.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, bemerkt zum Budget: Es sei die Pflicht des Gemeinderates dem Einwohnerrat ein Budget vorzulegen, mit dem die einzelnen Aufgaben und Vorgaben erfüllt werden könnten. Hierin sei auch auf die einzelnen Bedürfnisse aus der

Bevölkerung einzugehen. Er dankt in diesem Zusammenhang den Verwaltungsmitarbeitern, welche eine grosse Arbeit im Zusammenhang mit dem Budget zu tätigen hätten. Das Budget sei eine "schlanke Sache" geworden. Der Gemeinderat berichte davon, dass viele Bereiche nicht beeinflussbar seien. Dies sei bei den Diskussionen zu berücksichtigen. Zum Personalaufwand der Verwaltung bemerkt er, dass im Zuge der Sparmassnahmen vakante Stellen für mindestens drei Monate nicht mehr besetzt würden. Gleichzeitig erwarte Allschwil aber im 2005/2006 eine grosse Zahl Neuzuzüger. Die Gemeinde solle sich denen aber präsent zeigen. Er ist der Ansicht, dass die Sparmassnahmen im Personalbereich nicht dazu führen dürften, dass ein Abbau des "service publique" stattfände. Die Investitionstätigkeit sei zu begrüssen. Die SP/EVP-Fraktion begrüsst den geplanten Schuldenabbau, dies steigere langfristig die Attraktivität des Standortes. Auch ihn freue es, dass kein Antrag zum Steuerfuss eingegangen sei. Allschwil sei ein attraktiver Standort für Familien und Wirtschaft. Die SP/EVP-Fraktion sei ebenfalls für Eintreten.

EINTRETEN unbestritten.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, erläutert, dass die Mitglieder heute das erste Mal die Stellungnahme der FiReKo zu den Budgetpostulaten als Tischauflage bekommen hätten. Im Geschäftsreglement des Einwohnerrates stehe, dass die Stellungnahme der Kommission bei den Beratungen zu erfolgen habe. Dies bedeute für sie implizit mündlich. Sowohl der Gemeinderat als auch die FiReKo hätten in der Vergangenheit ihre Stellungnahmen immer vorab und schriftlich abgegeben. Auch künftig sei es der FiReKo ein Anliegen, die Stellungnahmen frühzeitig abzugeben, dieses Jahr hätte die Zeit allerdings nicht dazu gereicht. Weiter habe sie festgestellt, dass immer wieder gewisse Budgetpostulate zu Positionen eingereicht würden, welche nicht im Ermessen der Gemeinde lägen. Als Beispiel nennt sie die Lehrerlöhne. Diese würden sich nach der kantonalen Gesetzgebung richten. Desgleichen auch bei Eingaben betreffend der Klassengrössen. Auch hier stehe übergeordnetes kantonales Recht einer eigenen "Gemeindelösung" entgegen. Sie bittet allgemein darum, künftig darauf zu verzichten, Budgetpostulate für Positionen einzugeben, welche nicht durch die Gemeinde beeinflussbar seien.

Dr. Ivo Corvini bemerkt zur Stellungnahme der FiReKo, dass es nicht nur die FiReKo sei, welche das Budget oder jedes andere Geschäft vorbereiten müsse, sondern alle Parlamentarier. Daher sei es wichtig, die Stellungnahme der Spezialkommission vorab zu kennen. Das Geschäftsreglement schreibe ein solches Vorgehen vor.

36 07.010 Budget 07.050 Besoldungen 04.010 Kindergarten

6.1.2. Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 200-302.00 Löhne Lehrkräfte Kindergarten: Kürzung um CHF 200'000.-- Geschäft 3565

Bruno Steiger, SD-Fraktion, gibt der Vorrednerin Recht. Es sei offenbar tatsächlich so, dass der Kanton mit dem neuen Bildungsgesetz die Löhne der Lehrer und Lehrerinnen sowie Kindergärtnerinnen kontrolliere. Er zieht hiermit dieses Budgetpostulat zurück.

37 07.010 Budget 04.020 Primarschule

> 6.1.3 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 212-302.00 Löhne Lehrkräfte, Kleinklassen Primar: Kürzung um CHF 75'900.-- Geschäft 3566

Bruno Steiger, SD-Fraktion, zieht auch dieses Postulat aus den oben erwähnten Gründen zurück.

38 07.010 Budget
04.030 Real- und Sekundarschule
11.220 Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

6.1.4 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 230-451.00 Rückerstattung Kantone Erhöhung um CHF 53'500.-- Geschäft 3567

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, zieht das Budgetpostulat zurück. Ihn habe die Begründung des Gemeinderates überzeugt.

39 07.010 Budget 11.230 Liegenschaften; Mietwesen 04.030 Real- und Sekundarschule

6.1.5 Budget-Postulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 240-361 Eigene Beiträge Kantone Schulliegenschaften Bildung einer Rückstellung von CHF 800'000.-- Geschäft 3568

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, erläutert, warum die FiReKo das Postulat annehmen, der Gemeinderat aber ablehnen wolle. Eigentlich sei es nicht zulässig im Budget eine Rückstellung vorzunehmen. Daher könne dieses Postulat eigentlich gar nicht angenommen werden. Der Postulant habe sein Postulat aber richtig formuliert. Es gehe vor allem darum, dass die CHF 800'000.-- für Schulhausbauten, welche eventuell im 2005 nicht an den Kanton gezahlt werden müssen, in der nächsten Jahresrechnung zurückgestellt und dann auch für Schulzwecke verwendet werden. Der FiReKo sei es wichtig, dass der Gemeinderat sich deutlich dafür ausspricht.

Robert Richner, FDP-Fraktion, bedankt sich dafür, dass diese Position überhaupt budgetiert wurde. Er erinnert an eine Motion, welche kürzlich im Landrat überwiesen wurde. Es könne durchaus sein, dass die Gelder nicht gezahlt werden müssen. Zum Postulat selber führt er aus, dass die Landeskanzlei ihm die Auskunft gegeben habe, ein Postulat zu einer Budgetrückstellung sei möglich. Dies widerspreche der Auffassung des Gemeinderates, welcher offenbar vom Kanton eine andere Information erhalten habe. Letztlich wolle er einfach erreichen, dass dieser Betrag zweckgebunden verwendet werde. Sofern der Gemeinderat bereit sei, die Gelder zum beabsichtigten Zweck zu verwenden, könne er das Postulat auch zurückziehen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementschefin Finanzen, erklärt sich namens des Gemeinderates bereit, die Gelder, so sie nicht an den Kanton gezahlt werden müssten, im Sinne der Diskussion, also für Schulzwecke, zu verwenden.

Robert Richner, FDP-Fraktion, zieht hierauf sein Postulat zurück.

40 07.010 Budget 04.044 Musikschule (MS)

6.1.6 Budget-Postulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 250-364.00 Gemischtwirtschaftliche Unternehmen Erhöhung des eingesetzten Betrages um CHF 3'000.-- auf CHF 6'000.--Geschäft 3569

Josua Studer, SVP-Fraktion, erinnert daran, dass seine Partei bekannt dafür sei, zugunsten tieferer Steuersätze Gelder einzusparen. Aber die SVP sei hier pragmatisch und flexibel. Es habe sich nun gezeigt, dass mit der Einführung des neuen Bildungsgesetzes die Musikschule als eigene Schulart ein Qualitätsmanagement erarbeiten müsse. Die Kürzung eines Budgets, welches über Jahre hinweg nicht voll ausgeschöpft werde, sei eigentlich richtig. Aber hier habe eine Kürzung ohne Rücksprache mit der Musikschule stattgefunden. Die Musikschule sei in den letzten Jahren haushälterisch mit den Geldern umgegangen. Das Budget müsse in ein oder zwei Jahren, sobald das Schulprogramm, resp. das Qualitätsmanagement erstellt sei, wieder überprüft werden. Er drückt seine Zufriedenheit darüber aus, dass sowohl der Gemeinderat als auch die FiReKo das Postulat gutheissen möchten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erkennt im Votum seines Vorredners die Handschrift von Verena Meschberger, Präsidentin des Schulrates der Musikschule. Er zeigt sich enttäuscht darüber, dass die SVP ein solches Postulat eingereicht habe. Die Musikschule werde mit genügenden Mitteln finanziert. Er stellt den Antrag, dem Postulat zur Budgetaufstockung nicht Folge zu leisten. Die SD-Fraktion verfolge eine konsequente Sparpolitik, in diesem Sinne sei sie klar gegen das Postulat.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, freut sich darüber, dass der Gemeinderat das Postulat annehmen wolle. Seine Fraktion unterstütze dieses Vorgehen. Er halte es für falsch, den eingeleiteten Prozess zur Organisation der Musikschule nun zu unterbrechen, da die bisher aufgewendeten Mittel somit verloren wären. Anschliessend würden die Kosten ja wieder auf ein tieferes Niveau sinken.

://: Mit grossem Mehr wird das Budgetpostulat überwiesen.

41 07.010 Budget 04.042 Erwachsenenbildung 07.050 Besoldungen

6.1.7 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 292-302.00 Löhne Lehrkräfte Erwachsenenbildung Kürzung um CHF 36'500.-- Geschäft 3570

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erläutert, dass die Erwachsenenbildungskurse von der Gemeinde subventioniert würden. Es seien zwar bisher in diesem Bereich schon Einsparungen vorgenommen worden, man solle jetzt aber den Sparkurs konsequent weiterführen. Die Kurse sollten zum Vollkostenpreis angeboten werden. Die Gelder der öffentlichen Hand sollten anders eingesetzt werden.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, kritisiert, dass das Postulat an der Zielrichtung vorbeigehe. Sofern der Postulant die Vollkostentragung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer anstrebe, so könne er dies nicht mit einer Kürzung der Löhne der Lehrkräfte erreichen. Das Postulat hätte auf der Einnahmenseite gesetzt werden müssen, um die Einnahmen der Kurse zu erhöhen. Die FiReKo sei ebenso wie der Gemeinderat für die Ablehnung des Postulates.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, lehnt mit ihrer Fraktion den Antrag ab. Die Kurse seien gut besucht, die Kosten seien jetzt schon relativ hoch. Gerade der Kochkurs beinhalte auch Ernährungslehre. Dies sei gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig. Die Kurse übernähmen auch eine soziale Funktion, man könne persönliche Bindungen aufbauen, dies trage letztlich dazu bei, dass die Einwohnerrinnen und Einwohner in Allschwil blieben.

://: Das Budgetpostulat wird mit grossem Mehr abgelehnt.

42 07.010 Budget 04.092 Kulturwesen 04.101 Heimatmuseum/Sammlungen

6.1.8 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-311.00 Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge (Kunstgegenstände)

Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 5'000.-- Geschäft 3571

6.1.9 Budget-Postulat von Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 300-311.00 Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge (Kunstgegenstände)
Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 5'000.-- Geschäft 3572

Die Beratung der beiden Postulate wird gemeinsam geführt, da diese Vorstösse den gleichen Wortlaut haben.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt dazu aus, dass dieses Postulat immer wieder zur Diskussion stehe. Es gehe darum, dass keine öffentlichen Gelder dazu ausgegeben würden, wahllos "brotlose Künstler" zu subventionieren, indem man deren Kunstwerke kaufe. Es gäbe viele erfolglose Künstler, diese solle man nicht noch fördern. Gute Künstler wären ohnhin selbsttragend. Es dürfe nicht darum gehen, Kunstwerke zu kaufen, für die es sonst keine Abnehmer gäbe. Prinzipiell habe er nichts gegen Kulturförderung, aber diese Budgetposition sei überflüssig.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, zeigt sich erfreut darüber, dass die FiReKo das Postulat unterstütze. Es gehe ihm nicht um eine Sanktion ähnlich der "Pro Helvetia" im Bund. Es gehe ihm vielmehr darum, dass der Ankauf von Kunstgegenständen keine Kernaufgabe des Staates sei, dies zumal die Finanzen immer noch nicht besonders rosig seien. Im Jahr 2004 habe man auch auf diese Gelder verzichten können.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass es sehr wohl eine Aufgabe der Einwohnergemeinde sei, die Kultur zu fördern. Sowohl in der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft sei der Auftrag zur Kulturförderung verankert (§ 101 KV BL) als auch im Kulturleitbild der Gemeinde Allschwil, welches der Einwohnerrat vor einiger Zeit zur Kenntnis genommen habe. Diese Ausführungen sollen auch für alle weiteren Budgetpostulate zum Thema Kultur gelten, welche an der heutigen Budgetdebatte noch diskutiert werden. Es sei durchaus legitim, Budgetpositionen jedes Jahr wieder zu verändern, zu erhöhen oder zu kürzen. Es gehe hier nicht darum, durch die "Hintertür", so wie es der Postulattext behaupte, einen Betrag "einzuschmuggeln". Der Gemeinderat habe entschieden, nun, nach einer Pause, wieder einen Betrag für die Anschaffung von Kunstgegenständen zu budgetieren. Der Betrag von CHF 5'000.-- sei auch nicht unverhältnismässig gross.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, spricht auch als Mitglied eines kulturorientierten Vereins in Allschwil. Er bestreite die Aussage von Bruno Steiger, dass "wahllos brotlose" Künstler unterstützt würden. Er habe selbst erlebt, dass die Gemeinde sehr wohl die Kunstwerke gezielt auswähle. Man halte sich hierbei auch immer an das Budget. Er bestreite ebenfalls die Aussage, dass diese Kunstwerke eigentlich niemand wolle. Die angekauften Bilder würden viele Menschen erfreuen. Weiter sei zu bedenken, dass die CHF 5'000.-- gegenüber dem Gesamtbudget von CHF 67 Mio. wohl wirklich kaum echtes Sparpotential bieten könne. Er halte es für ein Armutszeugnis für die Gemeinde, wenn diese CHF 5'000.-- nicht gesprochen werden würden.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, erklärt namens ihrer Fraktion, dass dieses Jahr der Betrag nochmals gestrichen werden, im nächsten Jahr aber wieder aufgenommen werden sollte. Die

Stossrichtung sei aber nicht die gleiche, wie die der Postulanten. Es gehe der Fraktion aber nur um eine weitere Sparrunde und sei gegen die Kulturförderungen prinzipiell.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, präszisiert sein Votum dahingehend, dass es seine persönliche Meinung sei, Kulturförderung sei keine Kernaufgabe des Staates. Dass dies in der Verfassung stehe sei ihm natürlich wohlbekannt.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt aus, dass auch die Verfassung und das Leitbild der Gemeinde nicht die Höhe der Fördergelder vorschreibe. Hier sei die Gemeinde frei. Zum Sparpotential ist er der Meinung, dass man auch im Kleinen sparen müsse. Nur so könne man beweisen, dass man mit einem Budget von CHF 67 Mio. umgehen könne.

Es wird über die Postulate gemeinsam abgestimmt, da diese den genau gleichen Wortlaut haben.

://: Die Postulate 3571 und 3572 werden mit 15:20 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

43 07.010 Budget
01.060 Partnerschaften; Pfullendorf
01.065 Partnerschaften; Blaj

6.1.10 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-319.00 Übriger Sachaufwand, Partnerschaften Pfullendorf und Blaj, Kürzung um CHF 10'000.--, Zuwendungen an Blaj ersatzlos streichen Geschäft 3573

6.1.11 Budget-Postulat von Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 300-319.00, Übriger Sachaufwand, Partnerschaften Pfullendorf und Blaj, Ersatzlose Streichung, CHF 20'000.-- Geschäft 3574

Es findet eine gemeinsame Diskussion, aber getrennte Abstimmung statt, da die Postulate die gleiche Stossrichtung haben, jedoch einen etwas unterschiedlichen Wortlaut. Die Parlamentarier erklären sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, eröffnet als Postulant die Diskussion. Die SD-Fraktion (3573) stelle, im Gegensatz zur SVP-Fraktion (3574), den Antrag der Budgetkürzung um 50%, Die Partnerschaft mit Pfullendorf sei bei einem Teil der Bevölkerung beliebt und vor allem gegenseitiger Natur. Ein Erfahrungsaustausch zwischen diesen beiden Gemeinden sei begrüssenswert, dies vor allem auch, da man sich kulturell sehr nahe stehe. Anders sei es bei Blaj. Zu Beginn der Partnerschaft mit Blaj/RO, in den Zeiten der Diktatur Ceaucescos sei es sicher notwendig und sinnvoll gewesen, diese Stadt zu unterstützen. Mittlerweile habe sich die Situation aber gewandelt. Die einseitige Leistung von finanzieller Hilfe fördere die Selbstinitiative der dortigen Bevölkerung aber nicht. Die Verwendung der finanziellen Mittel für die bisherigen Aktivitäten halte er für falsch. Bisher sei es in der Hauptsache um gegenseitige Besuche gegangen, zum Beispiel in diesem Jahr um den Besuch von Lehrern und Lehrerinnen aus Blaj, ein weiterer Teil werde als zinsloses Darlehen gewährt. Die Gewährung von Darlehen sei aber eigentlich nicht Aufgabe des Gemeinwesens sondern der Banken. Allschwil habe keine Partnergemeinde in der Schweiz, obwohl es hier auch Gemeinden gebe, die als Partnergemeinden interessant wären. Er denkt hier zum Beispiel an Berggemeinden. Es gebe dabei keine kulturellen Unterschiede, keine sprachlichen Schwierigkeiten und der Anfahrtsweg sei auch nicht so lang. In den Berggemeinden könnten die Allschwiler Schulklassen auch mal ein Schullager machen, dies wäre für die Schülerinnen und Schüler lehrreich. In diesem Sinn solle man dem Antrag folgen und die Gelder für Blaj streichen.

Für **Basil Kröpfli**, SVP-Fraktion, ist eine solche Partnerschaft ebenfalls keine Kernaufgabe der Gemeinde. Schliesslich sei die Gemeinde keine Bank, welche fremde Unternehmen finanziell unterstützen solle. Er habe nichts gegen Rumänien oder gegen die Gemeinde Blaj. Er sehe einfach keinen Nutzen für Allschwil in dieser Partnerschaft.

Verena Meschberger, Präsidentin der FiReKo, erklärt die Ablehnung der Kommission zu beiden Postulaten. Die Partnerschaft mit Blaj habe sich in der Tat hin zu einer Entwicklungshilfe gewandelt. Sofern man den Budgetposten streiche, solle man beim nächsten Budget eine Position für Entwicklungshilfe im Rahmen der Wirtschaftsförderung einrichten. So könne man die zurückgezahlten Darlehen wieder unter dieser Position für Blaj einsetzen. Es sei für diese Stadt enorm wichtig, dass ihr Unterstützung geboten werde. Die Darlehen seien bisher immer zurückgezahlt worden. Sie findet es wichtig, dass Blaj in irgendeiner Form in der Gemeinde Allschwil verankert bleibe.

Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion, wehrt sich namens ihrer Fraktion ebenfalls gegen das Postulat. Die Partnerschaft sei in den letzten Jahren vor allem eine wirksame Wirtschaftshilfe gewesen. Die zinslosen Darlehen an die rumänischen Kleinunternehmer verbessere die wirtschaftliche Situation. So könne eine Abwanderung der Bevölkerung in reichere Staaten verhindert werden. Mit einem Abbruch der Partnerschaft würde die bisherige grosse Aufbauarbeit versanden. Die Bewirtschaftung der bisherigen Darlehen sei damit nicht mehr möglich. Die Partnerschaft sei für sie auch ein kleiner Beitrag zur Völkerverständigung und ein Akt der Solidarität mit der Bevölkerung vor Ort. Allschwil nenne sich "Gemeinde Europas", sie hoffe, dass mit der Aufrechterhaltung der Partnerschaft auch der Blick über die eigenen Grenzen hinaus gewährleistet werde.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe der Kommune sei, Entwicklungshilfe zu betreiben. Dies sei Aufgabe des Bundes. Zu Zeiten der Diktatur sei eine Unterstützung ja angebracht gewesen, nun sei es aber an der Zeit, dass diese Menschen selbstständig würden. Da Rumänien wohl bald in der europäischen Gemeinschaft Aufnahme finden werde, sollten doch die europäischen Staaten für die Unterstützung besorgt sein. Zuerst solle man die bedürftigen Berggemeinden im eigenen Land unterstützen. Weiter könnten ja auch die interessierten Einwohner Allschwils auf privater Basis Geld spenden oder sich für Blaj engagieren.

://:

Budgetpostulat 3573 wird mit 18:18 Stimmen bei Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

://:

Budgetpostulat 3574 wird mit 24:11 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

44 07.010 Budget 04.092 Kulturwesen

6.1.12 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend, Pos. 300.363.00, Eigene Beträge, Zweckverbände Erhöhung um CHF 8'000.-- Geschäft 3575

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, hält es für notwendig, dass die Gemeinde die örtlichen und regionalen Kulturschaffenden gemäss dem Kulturleitbild der Gemeinde Allschwil unterstütze. Es sei wichtig, dass man den Künstlern eine Plattform biete, damit ein kulturelles Interesse gefördert werde. Die Kulturschaffenden sollten einen Anreiz in der Gemeinde finden, sich zu engagieren. Er bittet um Annahme seines Postulates und zitiert zum Schluss Pablo Picasso mit den Worten: "Kunst wäscht den Staub des Alltags von der Seele."

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, erklärt namens ihrer Fraktion die Zustimmung zum Postulat. Die ununterbrochene Vergabe des Kulturförderpreises sei wichtig. Mit diesem Preis würde den Allschwiler Einwohnerrinnen und Einwohnern, welche sich kulturell betätigen, eine Anerkennung zu Teil. Dieser Preis setze in der Gemeinde ein positives Zeichen.

Robert Richner, FDP-Fraktion, ist anderer Ansicht. Der Gemeinderat habe nur die Mittel für das Jahr 2005 gestrichen, es gehe nicht um eine gänzliche Abschaffung des Preises. In den Sparbemühungen solle man den Gemeinderat unterstützen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, möchte den Postulanten daran erinnern, dass auch kleine Beträge einen wichtigen Teil zum Sparen beitragen. Man solle sich klarmachen, dass es hier um Steuergelder gehe. Er gehe daher mit dem Gemeinderat einig.

://:

Budgetpostulat 3575 wird mit 21:15 Stimmen angenommen.

Aufgrund eines technischen Defektes des Tonaufzeichnungsgerätes existieren zu den nachfolgenden Postulaten keine Diskussionsaufzeichnungen. Es wurde wie folgt beschlossen:

45 07.010 Budget 04.092 Kulturwesen 07.031 Beitrags- und Subventionsgesuche

6.1.13 Budget-Postulat von Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 300.364.00 Gemischtwirt. Unternehmen, Beiträge an kulturelle Institutionen Basel-Stadt
Streichung des Beitrags von CHF 38'000.-- Geschäft 3576

wird mit 25:10 Stimmen abgelehnt.

6.1.14 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-364.00a Gemischtwirt. Unternehmen, Beiträge an kulturelle Institutionen Basel-Stadt (Stadttheater)
Kürzung um CHF 20'000.-- Geschäft 3577

wird mit 20:15 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

6.1.15 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-364.00b Gemischtwirt. Unternehmen, Beitrag an GGG, Bibliothekenbenutzung, Ersatzlose Streichung um CHF 35'000.-- Geschäft 3578

wird mit 28:8 Stimmen abgelehnt.

46 07.010 Budget 04.090 Vereine 07.031 Beitrags- und Subventionsgesuche

6.1.16 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 342-434.00, Entgelte Hallenbad Erhöhung um CHF 15'000.-- Geschäft 3579

wird mit 28:5 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

47 07.010 Budget 11.220 Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

6.1.17 Budget-Postulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 780-315.00, Übriger Unterhalt durch Dritte, WC-Anlage "Spitzwald" Kürzung um CHF 28'000.-- Geschäft 3580

wird mit grossem Mehr abgelehnt.

48	07.010	Budget
	04.070	Freizeitangebote Kinder und Jugendliche
	11.140	Gemeindeprojekte

6.1.18 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 359-503.02 Investition Begegnungszentrum Streichung ganzer Betrag von CHF 300'000.-- Geschäft 3581

Zu diesem Postulat sind die Diskussionen ebenfalls aufgrund des technischen Defekts nicht vollständig.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion die Ablehnung des Postulates. Man versuche anlässlich der Budgetberatung die Diskussion um einen Verpflichtungskredit vorwegzunehmen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, distanziert sich von der Position der SD-Fraktion. Seine Fraktion sei klar der Ansicht, dass das Begegnungszentrum eine gute Sache sei. Dort werde gute Arbeit geleistet.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, möchte klarstellen, dass er nichts gegen den "Robi" habe. Aber er sei gegen das, was sonst noch im Begegnungszentrum eingerichtet werden solle. Er sei auch für den "Robi". Aber er sei gegen die "Pseudosozialen Einrichtungen". Der Kanton mache klare Vorgaben, wie die soziale Arbeit geleistet werden solle. Man solle aber nicht über das Ziel hinausschiessen.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, hat das Gefühl, dass sich Bruno Steiger gegen jegliche Ausgaben richte, um Wählerstimmen einzufangen. Der Robispielplatz sei eine wichtige Einrichtung, die bei der Suchtprävention helfe und eine wichtige soziale Rolle spiele. Im Übrigen müsse man baufällige Anlagen abreissen können. Es gehe hier in erster Linie um eine Ersatzanschaffung.

://:

Das Budgetpostulat 3581 wird mit grossem Mehr abgelehnt.

49	07.010	Budget
	12.600	Öffentlicher Verkehr
	12.120	Strassen; Betrieblicher Unterhalt

6.1.19 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 620-501.14 Investition Öffentliche Beleuchtung Erhöhung der Investition um CHF 350'000.-- Geschäft 3582

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, erläutert, dass das Postulat in erster Linie die Finanzplanung der nächsten Jahre, ab 2006, entlasten solle. Daher solle bereits im "investitionsschwachen" Jahr 2005 für die Beleuchtung dieser grössere Betrag gesprochen werden.

://:

Das Budgetpostulat 3582 wird mit grossem Mehr überwiesen.

50 12.100 Strassen; Planung und Bau 07.010 Budget

6.1.20 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 620-501.36 Investition Projekt Lindenplatz Einstellung von CHF 50'000.-- Geschäft 3583

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, erläutert das Postulat. Es gehe hier darum, die Planung für die Umgestaltung des Lindenplatzes voranzutreiben. Zunächst könne man den hinteren Teil Kreuzung Lindenstrasse/Ulmenstrasse/Lindenplatz planen, da die Planung des vorderen Bereichs durch den Kanton zur Zeit nicht weiterverfolgt werde. Die Gesamtplanung könne etappiert werden. Der Lindenplatz solle ein attraktives Zentrum werden. Die Gesamtstudie der Firma Metron stehe einer etappierten Planung nicht entgegen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, erklärt als einer der Unterzeichner, dass er mittlerweile vernommen habe, dass sich die Ausgangslage zwischenzeitlich geändert habe. Die Gesamtstudie liege nun vor, sei aber dem Einwohnerrat noch nicht bekannt. Für ihn lag der Sinn des Postulates vor allem in der Beschleunigung des Abschlusses der Gesamtstudie. Er wünscht sich, dass der Einwohnerrat möglichst bald über den effektiven Inhalt der Studie informiert werde. Seine Stimmenthaltung möchte er daher nicht als Gesinnungswandel verstanden wissen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann den Postulanten Morat verstehen. Dieser wohne schliesslich am Lindenplatz. Der Gemeinderat habe aber seine ablehnende Haltung gut begründet. Man müsse, zu Gunsten des Allgemeinwohls, noch etwas Geduld haben. Seine Fraktion lehne daher das Postulat ab.

Felix Keller, CVP-Fraktion, interessiert sich für den Inhalt der Studie. Er sei eigentlich auch für den Ausbau des Lindenplatzes, aber zunächst solle man Kenntnis von der Studie haben, bevor man Gelder für die weitere Planung spreche. In diesem Sinne könne man dem Postulat nicht zustimmen.

://:

Das Budgetpostulat 3583 wird mit 18:16 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

51 07.010 Budget

6.2 DETAILBERATUNG

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementschefin Finanzen, gibt den Zwischenstand des Budgets nach erfolgter Beschlussfassung der Budgetpostulate bekannt:

Der Aufwandüberschuss habe sich leicht erhöht und zwar auf CHF 88'100.--Die Nettoinvestitionen hätten leicht zugenommen und zwar auf CHF 4'645'000.--

Christoph Morat, 2. Vizepräsident, verliest den Voranschlag der Einwohnerkasse pro 2005 kapitelweise:

Laufende Rechnung

S. 11 - 13

Allgemeine Verwaltung

Keine Wortmeldung

S. 14 - 18

Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldung

S. 19 - 26

Bildung

Keine Wortmeldung

S. 27 - 31

Kultur und Freizeit

Keine Wortmeldung

S. 22 - 33

Gesundheit

Keine Wortmeldung

S. 34 - 37

Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldung

S. 38 - 39

Verkehr

Keine Wortmeldung

S. 40 - 46

Umwelt und Raumplanung

Keine Wortmeldung

S. 40 / 41

Spezialfinanzierung Wasserversorgung

Keine Wortmeldung

S. 42

Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

Keine Wortmeldung

S. 43 / 44

Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung

Keine Wortmeldung

S. 47/48

Volkswirtschaft

Keine Wortmeldung

S. 49 - 51

Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldung

Investitionsrechnung

S. 54

Allgemeine Verwaltung

Keine Wortmeldung

S. 55

Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldung

S. 56 Bildung

Keine Wortmeldung

S. 57

Kultur und Freizeit

Keine Wortmeldung

S. 58

Gesundheit

Keine Wortmeldung

S. 58

Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldung

S. 59 - 60 Verkehr

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, möchte zu Pos. 620-501.01 (S.59) Leitungskatasteranteil, wissen, warum im vorliegenden Budget 100% mehr (CHF 50'000.-- gegenüber 25'000.-- im Vorjahr) projektiert sind. Zu Pos. 620-501.05, Strassensanierungen, sind CHF 160'000.-- projektiert. Dies betreffe gemäss Erläuterungen verschiedene Strassensanierungen. Er frage sich nun, ob im Departement Tiefbau bereits das "Globalbudget" eingeführt worden sei.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau, verweist auf die Erläuterungen zum Voranschlag. Es gehe bei der ersten Position um einen anteilsmässigen Aufwand, welcher zur Nachführung des Leitungskatasters benötigt werde. Gemäss den Berechnungen des Hauptabteilungsleiters seien die CHF 50'000.-- im kommenden Jahr im Hinblick auf die Strassenbautätigkeit absolut gerechtfertigt. Betreffend den Strassensanierungen sei zu bedenken, dass nicht jede Strassensanierung auch effektiv durchgeführt werden könne. Dies könne passieren, wenn zum Beispiel ein Bauprojekt nicht termingerecht fertiggestellt werden könne. Ausserdem gebe es gewisse Situationen, in denen die Gemeinde einen Finanzbetrag zur Verfügung haben müsse. Dies könne sein, wenn Wasserleitungen unter der Strasse saniert

werden müssten, dann mache es Sinn, die für später geplante Strassensanierung ebenfalls direkt durchzuführen. Dies käme letztlich billiger, als ein oder eineinhalb Jahre später nochmals mit Strassenbauarbeiten anzufangen.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen. Er möchte darüber hinaus wissen, ob das Budget wie geplant eingehalten werden könne. Immerhin habe man in der Jahresrechnung 2003 einige Fragen zum Tiefbau gehabt und damals auch die Frage nach der Art und Weise der Budgetierung gestellt. Man dürfe immerhin davon ausgehen, dass der damalige Hauptabteilungsleiter zusammen mit dem Departementschef das Budget erarbeitet habe. Mittlerweile habe der Hauptabteilungsleiter gewechselt. Wie solle der neue Hauptabteilungsleiter an dem vorliegenden Budget gemessen werden und wie könne sichergestellt werden, dass das Budget auch tatsächlich eingehalten werden kann. Es stelle sich hier klar auch die Frage nach den Verantwortlichkeiten. Er fragt, ob nur der Departementschef oder der Gesamtgemeinderat für das Budget verantwortlich zeichne.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, bedauert, dass die Fragen zum jetzigen Zeitpunkt gestellt würden. Der Gesamtgemeinderat habe sich intensiv mit dem Budget beschäftigt. Wie bei allen anderen Abteilungen sei auch im Tiefbau jede Position genau geprüft worden. Die Vorkommnisse im Departement Tiefbau werde man zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren. Es sei nicht generell die Arbeit des Tiefbaus das Thema, sondern es habe sich vor allem um ein einzelnes Projekt gehandelt. Hier sei die Geschäftsprüfungskommission ja bereits an der Arbeit. Es seien bereits viele Massnahmen getroffen worden, der Einwohnerrat werde zu einem späteren Zeitpunkt darüber informiert werden. Es seien bereits sogenannte Budgetierungsrichtlinien eingeführt worden, es gebe einen gestrafften Budgetablauf etc. Gleichzeitig habe man das Controlling in allen Bereichen verstärkt. Die Verantwortlichkeiten lägen jetzt beim Gemeinderat. Der neue Hauptabteilungsleiter könne natürlich nicht für den Budgetierungsvorgang, welcher bereits im Mai begonnen habe, voll verantwortlich gemacht werden. Er sei aber für die Einhaltung des Budgets 2005 verantwortlich. Betreffend der aufgeworfenen Fragen im Bereich Tiefbau zur Budgetierung habe der Gemeinderat extra einen externen Spezialisten beigezogen. Dieser habe das Budget nochmals überprüft. Es seien insgesamt vier Punkte aufgetaucht, bei denen allenfalls Nachtragskredite gestellt werden müssten. Dies habe zuvor Nicole Nüssli-Kaiser bei der Eintretensdebatte ausgeführt. Die Überprüfungen hätten gezeigt, dass insbesondere bei der laufenden Rechnung 2005 und der Investitionsrechnung keine Überraschungen zu erwarten seien. Es gebe natürlich kein Globalbudget. Weiter könne gesagt werden, dass man bereits daran sei, klare und restriktive Finanz-Richtlinien für die Budgetierung, Kontierung und Rechnungsstellung zu erstellen. Ziel sei, dass diese bereits bis zum neuen Budgetprozess im Jahr 2005 vom Gemeinderat verabschiedet und in Kraft sein werden.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für die ausführlichen Antworten. Er sei froh, dass man erste Informationen zum Thema "Tiefbau" erhalten habe.

S. 60 - 62 Umwelt und Raumplanung

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, stellt stellvertretend für Lucius Cueni fest, dass es eine zunehmende Betonung des Ressorts Tiefbau zu Lasten des Ressorts Umwelt gebe. Der Umweltschutz komme eindeutig zu kurz. Es seien 0.-- (!) Franken für den Umweltschutz budgetiert, dies bei einem Gesamtbudget von CHF 67 Mio.

S. 62 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldung

Dr. Ivo Corvini, Präsident, stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt werde und die Detailberatung damit abgeschlossen sei.

52	07.010	Budget 6.2.1	Voranschlag der Einwohnerkasse
		6.2.2	Festsetzung der Gemeindesteuer pro 2005
		6.2.3	Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2005
		6.2.4	Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2005

Geschäft 3531 A/B/C/D

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Voranschläge der Einwohnerkasse sowie Festsetzung der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises für das Jahr 2005 wird wie folgt beschlossen:

- 1. **Einstimmig** wird der um den Nachtrag korrigierte Voranschlag für die Einwohnerkasse für das Jahr 2005 mit den vom Einwohnerrat vorgenommenen Änderungen genehmigt.
- Mit grossem Mehr wird der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen auf 58% der Staatssteuer festgelegt.
- 3. Die **Steuersätze** für die Juristischen Personen werden wie folgt festgelegt:

Kapitalgesellschaften/ Genossenschaften	Ertrag Kapital	5,0 % 5,0 ‰
mit grossem Mehr.		
Vereine, Stiftungen, übrige Jur. Personen mit grossem Mehr.	Ertrag Kapital	58 % der Staatssteuer 5,0 ‰
mit grossem wem.		
Holdinggesellschaften	a) Liegenschafts- Nettoertrag	58 % der Staatssteuer
	von ausländ. quellenbest. Einkommen	5,0 %
	c) Kapital	0,25 ‰
mit grossem Mehr.		
Domizilgesellschaften mit grossem Mehr.	Kapital	1,0 ‰

- 4. Die Feuerwehrsteuer wird **grossmehrheitlich** für die Ersatzpflichtigen auf 6 % der Gemeindesteuer für Natürliche Personen festgelegt.
- 5. Der Wasserverkaufspreis wird **grossmehrheitlich** auf CHF 1.30 pro m³ zuzüglich 2,4 % MwSt aufgrund des effektiven Verbrauchs festgelegt.

53 01.040 Gemeinderat 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

> 7. Berichte des Gemeinderates vom 20.10.2004 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Kenntnisnahme von der Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2006 - 2010 Geschäft 3532/

Die Beratungen über den Finanzplan möchte der Präsident im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit an der nächsten Sitzung im Januar 2005 beraten lassen.

Verena Meschberger, Präsidentin der FiReKo, ist anderer Ansicht. Die Beratungen sollten innerhalb einer ¾ bis 1 Stunde abgeschlossen sein. Die Beratung im Zusammenhang mit den Budgetberatungen mache Sinn, so könne die ganze Thematik "Finanzen" heute abgeschlossen werden.

Robert Richner, FDP-Fraktion, unterstützt den Antrag der Vorrednerin.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, würde es ausserordentlich bedauern, wenn der Finanzplan heute abend nicht mehr beraten würde. Der Gemeinderat habe viel Arbeit in diesen Bericht investiert. Der Finanzplan sei ein wichtiges Arbeitsinstrument für den Gemeinderat und hänge direkt mit dem Budget zusammen. Der Finanzplan sei einer der wichtigsten Pfeiler der Gemeindearbeit. Der Gemeinderat möchte gerne die grundsätzliche Haltung des Einwohnerrates dazu erfahren, um zu wissen, wie es weitergehen solle.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, hält fest, dass nach über drei Stunden eine weitere fundierte Diskussion wohl kaum noch möglich sei.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, ist ebenfalls der Ansicht, dass eine gewisse Ermüdung der Parlamentarier vorliege und daher eine sinnvolle Beratung nicht möglich sein werde. Er schlägt daher vor, den Finanzplan als eines der ersten Traktanden der Januar-Sitzung aufzustellen, damit er ohne Zeitdruck intensiv und effektiv diskutiert werden könne.

Stephan Brügger, CVP-Fraktion, gibt dem Vorredner Recht. Zudem ist er der Ansicht, dass sich jeder für die nächste Budgetsitzung überlegen sollte, ob man nicht auf die jedes Jahr gleich lautenden und gleich diskutierten Postulate zum Teil verzichten könne und so etwas Zeit einsparen könne. Dann würde es mit Sicherheit auch für den Finanzplan reichen. Für den heutigen Tag sei es genug. (Zitat): "Ich habe meinem Sohn versprochen, dass ich spätestens zur zweiten Halbzeit daheim bin. Das werde ich sein. Ihr könnt die Sitzung machen, ich werde dann daheim sein und melde mich jetzt schon ab."

Über den Ordnungsantrag von Verena Meschberger wird wie folgt abgestimmt:

://:

Der Ordnungsantrag auf Fortführung der Beratung mit dem Traktandum 7 wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Saskia Schärer, Departementschefin Einwohnerdienste und Sicherheit, gibt bekannt, dass die Führung bei der Firma Feumotec am Samstag, 29.01.2005 stattfinden werde.

Der Präsident **Dr. Ivo Corvini** bedankt sich bei den Parlamentariern und verabschiedet die Anwesenden mit den besten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Jahreswechsel.